

BSU



Zentralarchiv

MIS - BdL / Dok.

Nr. 004787

1. Exemplar

102064

708/75

| |
|--------|
| BStU |
| 000001 |

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, den 6. 8. 1975
Tgb.-Nr. VMA/

Hauptverwaltung A
Hauptabteilung/selbst. Abteilung
Bezirksverwaltung/Verwaltung
für Staatssicherheit
Leiter

Vertrauliche Vorschlußsache
MfS 008 : 724/75
408 . Abs. 3 Blatt

Mit der Unterzeichnung des Schlußdokumentes der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki haben die Staaten des Warschauer Vertrages eine Hauptaufgabe des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU und der außenpolitischen Programme des VIII. Parteitages der SED sowie der Parteitage der Bruderparteien erfüllt.

Die erstmalige multilaterale Verankerung der territorialen und politischen Ergebnisse der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung in Europa und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Schlußdokument tragen wesentlich dazu bei, die bisher erreichten positiven Wandlungen in Europa dauerhaft zu machen. Damit werden neue günstige Bedingungen für die Weiterführung des Entspannungsprozesses auf bi- und multilateraler Ebene und für die Festigung der Positionen des Sozialismus in Europa geschaffen.

Die Leiter aller Dienstseinheiten und die Leitungen aller Partei- und Grundorganisationen im MfS haben zu sichern, daß das Schlußdokument und die veröffentlichten Reden der Repräsentanten der sozialistischen Gemeinschaft, insbesondere des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew, und des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, gründlich studiert und ausgewertet werden und bei allen Angehörigen und inoffiziellen Mitarbeitern politisch-ideologische Klarheit über die im Schlußdokument enthaltenen Konferenzergebnisse erreicht wird.

Die Schaffung politisch-ideologischer Klarheit ist die entscheidende Voraussetzung für das Erkennen der zu erwartenden Veränderungen in der politischen und politisch-operativen Lage und der sich daraus ergebenden neuen politisch-operativen Schlußfolgerungen und Aufgaben im jeweiligen Verantwortungsbereich.

Das MfS steht vor der Aufgabe, alle Versuche der Entspannungsgegner und anderer imperialistischer Kreise, die Konferenzergebnisse für ihre gegen die DDR und andere sozialistische Staaten gerichteten Ziele auszunutzen und zu mißbrauchen sowie feindlich-negative und politisch schwankende Personen in der DDR zu feindlich-negativen Handlungen zu aktivieren, rechtzeitig mit allen zur Verfügung stehenden geeigneten Kräften sowie Mitteln und Methoden aufzuklären und zu verhindern.

Zur Realisierung dieser verantwortungsvollen Aufgaben

weise ich an:

1. Die HVA, alle operativen Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben alle Möglichkeiten zu nutzen zur Beschaffung von Informationen, vor allem über
 - Einschätzungen der Regierungen nichtsozialistischer Staaten, multilateraler Gremien (NATO, EG, Sozialistische Internationale) sowie weiterer führender politischer und wirtschaftlicher Kreise dieser Staaten über das Schlußdokument der KSZE, die während der KSZE in Helsinki stattgefundenen bilateralen Gespräche zwischen den Delegationen aus sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten und die von den führenden Repräsentanten der sozialistischen Staaten abgegebenen Erklärungen;
 - Pläne, Absichten und Maßnahmen der Regierungen nichtsozialistischer Staaten und anderer staatlicher Organe (besonders der USA und BRD);
 - . zur weiteren Koordinierung bzw. Modifizierung ihrer "Ost- und Deutschlandpolitik" besonders im Rahmen der NATO und der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ) sowie daraus resultierender Hauptangriffsrichtungen,
 - . unter Bezugnahme auf das Schlußdokument der KSZE (besonders die Abschnitte "Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" und "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen"), bei künftigen Verhandlungen mit der DDR und anderen sozialistischen Staaten entsprechende Forderungen zur Verwirklichung der darin enthaltenen Konferenzergebnisse zu stellen bzw. diesbezügliche Vorschläge bei bi- und multilateralen Verhandlungen zu unterbreiten,
 - . zur Fortsetzung der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa, der SALT-Gespräche, der Genfer Abrüstungskonferenz sowie weiterer anstehender Verhandlungen nach Abschluß der KSZE;
 - Pläne, Absichten und Maßnahmen der Entspannungsgegner hinsichtlich ihrer weiteren Sammlung und Formierung für den Kampf gegen die Ergebnisse der KSZE, gegen realistischere Kräfte im eigenen Lager sowie auftretende Widersprüche und Differenzen im imperialistischen Lager zur Ausnutzung für die politisch-operative Arbeit;

- Pläne nichtsozialistischer Staaten sowie von führenden Wirtschaftskreisen, Konzernen, Unternehmerverbänden u. ä. dieser Staaten, die im Abschnitt "Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" des KSZE-Schlußdokumentes enthaltenen Ergebnisse für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten nach ihren Vorstellungen zu nutzen;
 - Pläne, Absichten und Maßnahmen der imperialistischen Geheimdienste, der Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Einrichtungen der "DDR-/Ostforschung" und ähnlicher Einrichtungen, unter mißbräuchlicher Ausnutzung des Schlußdokumentes die subversiven Aktivitäten zu verstärken;
 - Pläne, Absichten und Maßnahmen rechtskonservativer Parteien, rechtsradikaler und linksextremistischer, maoistischer Kreise sowie Emigrantenorganisationen, besonders hinsichtlich der Organisierung politischer Provokationen, subversiver Aktivitäten u. ä. (Besonders auch zu beachten im Hinblick auf geplante Störaktionen und politische Provokationen anlässlich des 14. Jahrestages der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles am 13. 8. 1975).
2. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben in ihren Verantwortungsbereichen zu gewährleisten, daß durch eine verstärkte vorbeugende politisch-operative Arbeit geplante feindlich-negative Handlungen im Zusammenhang mit den Ergebnissen der KSZE rechtzeitig festgestellt, aufgeklärt und wirksam unterbunden werden, insbesondere
- Versuche der Ausnutzung des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs und des Transitverkehrs für feindliche Handlungen, insbesondere für den Mißbrauch zur Organisierung und Durchführung von Schleusungen seitens krimineller Menschenhändlerbanden, für Handlungen der staatsfeindlichen Hetze, der politisch-ideologischen Diversion u. a. (Die von mir erlassenen und Ihnen in nächster Zeit zugehenden drei
- "Dienstabweisung (en) über die politisch-operative Sicherung
- . der Einreisen von Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und ihres Aufenthaltes in der DDR"; (mit 1. Durchführungsbestimmung)
 - . "... des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin"; (mit 1. Durchführungsbestimmung)
 - . "... des Transitverkehrs durch das Staatsgebiet der DDR"
- sowie die
- "Dienstabweisung - Einleitung und Realisierung von Fahndungen im Reiseverkehr über die Staatsgrenze der DDR"
- sind in diesem Zusammenhang konkret und sachbezogen anzuwenden.)

- Versuche der Einschleusung von Druckerzeugnissen, in denen die Ergebnisse der KSZE nach westlicher Terminologie interpretiert bzw. verfälscht werden und die geeignet sind, bestimmte Personenkreise in der DDR zu feindlich-negativen Handlungen zu aktivieren;
- staatsfeindliche Hetze in mündlicher und schriftlicher Form, anonyme und pseudonyme mündliche oder schriftliche Drohungen, Auftreten von Personen mit demonstrativen und anderen provokatorischen Handlungen unter Bezugnahme auf die Ergebnisse der KSZE;
- politisch-operativ Bedeutsame Aktivitäten von bevorrechteten Personen und Korrespondenten nichtsozialistischer Staaten gegenüber staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen;
- verstärkte Versuche, unter Berufung auf die Ergebnisse der KSZE Anträge auf Übersiedlung in nichtsozialistische Staaten und nach Westberlin (u. a. zum Zwecke der Familienzusammenführung), auf Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins, auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft, auf Ausreise aus der DDR mit den verschiedensten Begründungen (z. B. durch nicht antragsberechtigte Personen) zu stellen;
- Bestrebungen vor allem von Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen sowie von bedeutenden Einzelpersonen der DDR, bei Umgehung der dafür geltenden staatlichen Regelungen Kontakte nach nichtsozialistischen Staaten, besonders nach der BRD und Westberlin, aufzunehmen;
- Provokationen, Angriffe und andere terroristische Aktivitäten, die gegen die Unverletzlichkeit der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin gerichtet sind.

3. Die Reaktion der Bevölkerung der DDR u. a. Personen auf die Abschlußphase der KSZE und das Schlußdokument ist sorgfältig und umfassend einzuschätzen.

Dabei sind folgende Probleme besonders zu beachten:

- Wertung der Konferenzergebnisse und des Auftretens der Delegationen der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und führender Politiker nichtsozialistischer Staaten durch die verschiedenen Personenkreise in der DDR;
- Vorstellungen, Erwartungen und Spekulationen im Zusammenhang mit den im Schlußdokument enthaltenen Ergebnissen und den während der Konferenz geführten persönlichen Gesprächen zwischen den Repräsentanten der teilnehmenden Staaten.

Von besonderer politisch-operativer Bedeutung ist die Reaktion solcher Personenkreise in der DDR, die

- eine feindlich-negative Einstellung besitzen, revisionistische Positionen vertreten und zu verbreiten versuchen und als ideologische Stützpunkte des Gegners zu betrachten sind;
- bereits Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, auf Eheschließungen mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR gestellt haben und deren Anträge von den zuständigen staatlichen Organen der DDR abgelehnt wurden;
- eine Antragstellung auf Ausreise aus den vorgenannten Gründen in nichtsozialistische Staaten und Westberlin beabsichtigen;
- besonders enge persönliche Beziehungen und Bindungen zu in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin lebenden Personen unterhalten und eine politisch schwankende Haltung einnehmen (darunter vordringlich solche Personenkreise wie Wissenschaftler, Kultur- und Geistes-schaffende, medizinische Intelligenz, Pädagogen, Studenten und Jugendliche).

Außerdem sind die Reaktion und die politisch-ideologischen Beeinflussungsversuche der einreisenden bzw. der sich in der DDR aufhaltenden Personen aus nichtsozialistischen Staaten - vor allem aus der BRD - und aus Westberlin einzuschätzen, insbesondere:

- Welche Personen bzw. Personenkreise aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin treten hauptsächlich in Erscheinung bzw. werden besonders wirksam?
 - Welche Probleme stehen bei Kontakten mit DDR-Bürgern im Mittelpunkt politisch-ideologischer Beeinflussungsversuche?
 - Welche Personenkreise der DDR werden besonders und zielstrebig beeinflusst?
4. Mit den Bezirks- und Kreisleitungen der SED, mit staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen ist ein enges Zusammenwirken und die Übergabe entsprechender Informationen und Hinweise zu organisieren, um insbesondere die offensive politisch-ideologische Arbeit zur Abwehr der politisch-ideologischen Diversionstätigkeit des Gegners zu unterstützen und gemeinsam die Lage im Verantwortungsbereich jederzeit fest im Griff zu haben.

5. Zu den unter Punkt 1 - 3 angewiesenen Aufgaben hat die Berichterstattung an die ZAIG zu erfolgen.

In der Berichterstattung über Pläne, Absichten und Maßnahmen, über feindlich-negative Handlungen sowie über Vorkommnisse und Erscheinungen sind die eingeleiteten, politisch-operativen Maßnahmen und ihre bisherigen Ergebnisse konkret zu vermerken.

Die Berichterstattung an die ZAIG entbindet die Dienstseinheiten nicht von der Sofortmeldepflicht an den Zentralen Operativstab (ZOS).

Eine erste zusammenfassende Einschätzung zu vorgenannten Aufgaben hat bis zum 20. August 1975 zu erfolgen, der nächste Berichterstattungsstermin ist der 15. September 1975.

6. Allen an der Vorbereitung und Durchführung der politisch-operativen Aufgaben und der Maßnahmen zur Sicherung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik während der 3. Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingesetzten Mitarbeitern ist im Auftrage der Partei- und Staatsführung, insbesondere des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, sowie in meinem persönlichen Namen der Dank und die Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen. Durch die gezeigte hohe Einsatzbereitschaft, vorbildliche Pflichterfüllung, Umsicht und Gewissenhaftigkeit haben sie einen bedeutsamen politischen Beitrag zum erfolgreichen Auftreten der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik geleistet und zum störungsfreien Verlauf der Konferenz beigetragen.

Mielke
Generaloberst